

Redebeitrag der Karawane München anlässlich der Demo „Gegen die erneute Sammelabschiebung nach Afghanistan“

16. November 2020

In Afghanistan herrscht seit vier Jahrzehnten Krieg.

Drei unabhängige Forschungsinstitute und Forschungsprojekte, die sich mit Konflikten weltweit befassen, halten Folgendes zur Lage in Afghanistan fest:

Im Jahresbericht des **Stockholm International Peace Research Institute** heißt es: Der Krieg in Afghanistan war im Jahr 2019 der tödlichste bewaffnete Konflikt weltweit. Afghanistan ist unter den fünf Ländern weltweit, in denen bewaffnete Konflikte die meisten Todesopfer fordern.

Das Institute for Economics and Peace, das jedes Jahr den Global Peace Index herausgibt, meldet im aktuellen Bericht für 2020: Afghanistan ist das zweite Jahr in Folge das am Wenigsten friedliche Land der Welt,

Auch **Das Armed Conflict Location and Event Data Project** stellt fest: Der Krieg in Afghanistan blieb das zweite Jahr in Folge der tödlichste Konflikt weltweit, gefolgt von Yemen und Syrien.

In **jeder** Provinz in Afghanistan gab es im Jahr 2019 Kriegshandlungen.

Während der Krieg in Afghanistan eskaliert, sinkt jedoch die Anerkennungsquote für Geflüchtete aus Afghanistan in Deutschland und seit 2016 finden Sammelabschiebungen nach Kabul statt.

Wie sehr die Politik sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse beruft, um Maßnahmen zu legitimieren, wenn sie es für das Wohlergehen der Menschen für nötig erachtet, zeigt das Beispiel Corona. Warum wird im Fall von Afghanistan die eindeutig vorhandene Faktenlage missachtet?

Merkel selbst sagte im Jahr 2016 sinngemäß, es brauche eine nationale Kraftanstrengung bei Abschiebungen, zudem nannte sie ein Jahr später in einem

Interview in Bezug auf afghanische Geflüchtete „wirtschaftliche Not“ als Fluchtgründe und erwähnte mit keinem Wort den dort herrschenden Krieg. Hier wurde also auf höchster politischer Ebene öffentlich der inzwischen tödlichste Konflikt weltweit einfach ausgelassen.

Kein Wunder also die weitverbreitete verzerrte mediale Darstellung: so ist in einer Zeitung von Afghanistan als einem „sicherem Herkunftsland“ die Rede, obwohl selbst nach der offiziellen Liste des BAMF Afghanistan nicht als sicheres Herkunftsland gilt. In einem Boulevardblatt ist im Februar 2020 von Afghanistan als einem „früheren Kriegsgebiet“ die Rede. In anderen Kontexten würde man hier wohl von der Verbreitung von „Fake News“ sprechen. Auf Nachfrage, wie es zu dieser Behauptung kommt – man denke an die verschiedenen unabhängigen Quellen, nach denen in Afghanistan der tödlichste Konflikt weltweit herrscht - heißt es aus der Redaktion, man beziehe sich auf die Expertise des Auswärtigen Amtes, wonach Afghanistan kein offizielles Kriegsgebiet sei.

Dem Afghanistan-Experten Thomas Ruttig zufolge stellen die Lageberichte des Auswärtigen Amtes, die inzwischen als Verschlussache gelten, die Situation in Afghanistan seit langem beschönigend dar. Und die Berichte der oben genannten Institute und Projekte finden dort keinerlei Erwähnung. Man fragt sich, warum wohl.

Ein Abschiebeflieger kostet etwa 300.000 Euro, pro Flug sind in der Regel 70-80 Polizisten an Bord. Seit 2016 fand monatlich eine Sammelabschiebung statt. Bis im Jahr 2017 bei einer Explosion, die hunderte Menschen tötete und verletzte, die deutsche Botschaft in Kabul fast vollständig zerstört wurde. Daraufhin konnten für eine kurze Zeit keine Abschiebungen mehr stattfinden. Aber dann ging es weiter, trotz der katastrophalen Sicherheitslage und trotz anhaltender Proteste gegen die Abschiebungen. Noch bis Mitte März 2020, als das Corona-Virus sich weltweit rasant verbreitete und Deutschland kurz vor dem Lockdown stand, wurden 39 Menschen nach Kabul abgeschoben.

Und was heißt das, „abgeschoben werden“?

Es heißt für die betroffenen Menschen oft, man wird nachts von der Polizei festgenommen; hat keine Zeit, sich von irgendjemandem zu verabschieden; wird hier

aus seinem Leben gerissen; es gibt Fälle, in denen Menschen mit Hand- und Fußschellen sowie Klebeband gefesselt von mehreren Polizisten in das Flugzeug befördert wurden. Das Anti-Folter-Komitee des Europarates kritisierte Deutschland für „unverhältnismäßige und unangemessene“ Gewaltanwendung bei einem Abschiebeflug nach Kabul im August 2018, bei dem Methoden angewendet wurden, die bei den Betroffenen „ein Erstickungsgefühl auslösten oder ihnen schwere Schmerzen zufügten“.

Nach dem letzten Abschiebeflug im März gab es für sieben Monate eine durch Corona bedingte Unterbrechung der Abschiebungen nach Afghanistan . Aber nicht etwa, weil die deutschen Behörden das so wollten, sondern nur, weil die afghanische Seite sich weigerte, während der Pandemie Abschiebungen zu akzeptieren. Die Lage in Afghanistan war schon vor Corona aufgrund des Jahrzehnte währenden Krieges desaströs. Durch Corona wurde es noch schlimmer: kein staatliches flächendeckendes Gesundheitssystem; kaum Covid-19 Tests; der Einbruch der Wirtschaft und damit für viele Menschen der Verlust ihrer Existenzsicherung, steigende Lebensmittelpreise. Nach Schätzungen der Weltbank wird nun bedingt durch die Pandemie die Armutsrate auf 61-72 Prozent der Bevölkerung steigen. Verschärft durch die Pandemie werden für dieses Jahr nach Schätzungen des UNHCR fast die Hälfte der Bevölkerung - bis zu 14 Millionen Menschen – auf humanitäre Hilfe angewiesen sein.

Und trotz alledem war für heute Abend ein Abschiebeflug geplant. Bis vor drei Tagen war nicht klar, ob er stattfinden würde. Das afghanische Ministerium für Flüchtlinge und Rückkehrer bestätigte am 14. November auf Anfrage, dass der Abschiebeflug aus Deutschland abgesagt worden ist. Dies sei auf Bitten der Regierung in Kabul im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erfolgt.

Es ist also davon auszugehen, dass der Flug stattgefunden hätte, wäre es nur nach deutscher Seite gegangen. Und zu Befürchten steht, dass der nächste Flug für Dezember geplant ist. Ein wichtiger Faktor dabei ist, dass für Ende November eine internationale Geberkonferenz geplant ist, bei der es um Geldzusagen für Afghanistans Entwicklungsfinanzierung geht. Die Zustimmung der afghanischen Seite für zukünftige Abschiebungen steht möglicherweise hiermit in Zusammenhang.

Bereits beim ursprünglichen Abschluss der Abschiebevereinbarung zwischen der EU und Afghanistan wurde die afghanische Regierung mittels der Zahlung von

Entwicklungshilfegeldern unter Druck gesetzt. Nach Angaben von Diplomaten war die Unterzeichnung des Abkommens eine Voraussetzung für neue Hilfszusagen der EU-Staaten. Die Abschiebevereinbarung wurde damals am afghanischen Parlament vorbei durchgesetzt.

Abschiebungen sind kein isoliertes Phänomen der europäischen Abschreckungspolitik, sondern nur eine Facette davon: Menschen ertrinken auf der Flucht übers Mittelmeer, viele Geflüchtete leiden unter den grausamen Bedingungen in den libyschen Lagern, für die Europa eine Mitverantwortung trägt. Außerdem sich Schutzsuchende durch den EU-Türkei-Deal Schutzsuchende zu einem Spielball europäischer Asylpolitik geworden: während syrische Geflüchtete aus der Türkei aufgenommen werden, werden andere auf den griechischen Inseln unter katastrophalen Bedingungen festgehalten.

Einen neuen zynischen Höhepunkt erreichte die europäische Abschreckungspolitik letzte Woche: ein Vater floh vor einer drohenden Abschiebung nach Afghanistan aus der Türkei weiter nach Griechenland. Sein sechsjähriger Sohn ertrank bei der Überfahrt in der Ägais. Der Vater, der selbst nur knapp überlebte, wurde nach seiner Ankunft verhaftet. Und angeklagt. Weil er seinen Sohn unnötigen Gefahren ausgesetzt habe.

Was ist das für eine verkehrte Welt, in der ein nachweislich stattfindender Krieg geleugnet wird. In der sich ein Land wie Deutschland, das sich Menschenrechte groß auf die Fahne schreibt, so viele finanzielle und personelle Ressourcen dafür einsetzt, Menschen in ein Kriegsgebiet abzuschieben. In der korrupte Regierungen Entwicklungshilfegelder erhalten und als Gegenleistung akzeptieren, Menschen gegen ihren Willen in ein Kriegsgebiet zurückzuzwingen.

Was ist das für eine verkehrte Welt, in der ein Vater, der aus einem Kriegsgebiet geflohen ist und auf der Flucht nach Europa sein Kind verloren hat, nun angeklagt wird. Während die eigentlichen Verbrechen – illegale Pushbacks, Menschen in Seenot nicht zu retten, Abschiebungen in Krisengebiete – nicht nur größtenteils folgenlos bleiben, sondern sogar zum Teil offizielle europäische Politik sind. Was ist das für eine verkehrte Welt, in der die Flucht selbst zum Verbrechen gemacht wird?

Wir sind heute Abend hier, um für eine andere Welt einzustehen; wir sind hier, um zu zeigen, dass wir bei diesen Menschenrechtsverletzungen nicht wegschauen. Und zu

benennen, dass es brutal ist, Menschen zwangsweise in Krieg, Terror und Elend abzuschieben. Besonders perfide sind diese Abschiebungen in Zeiten einer globalen Pandemie, die in vielen Ländern gerade einen neuen Höhepunkt erreicht: während für viele Staaten Reisewarnungen gelten und das Auswärtige Amt vor nicht notwendigen Reisen für eine Vielzahl an Ländern warnt, setzen das Innenministerium, Ausländerbehörden und die Bundespolizei alles daran, Abschiebungen um jeden Preis fortzusetzen. Schon im Juli gab es eine Sammelabschiebung nach Pakistan. Ein weiterer Charter wurde zwar gecancelt, aber mehrere Personen wurden stattdessen mit Linienflügen nach Pakistan abgeschoben. Ebenso fand auch eine Sammelabschiebung nach Äthiopien statt, mit der wohl auch Personen nach Somalia abgeschoben werden sollten. Während sich also Politik und Gesellschaft weltweit mit der Bewältigung der Corona-Krise beschäftigen, während eigentlich alle dazu aufgefordert werden zuhause zu bleiben, werden Menschen, die hier Schutz suchen, mit drohender Abschiebung unter Dauerstress und Angst gehalten.

Laut Lagebericht des Auswärtigen Amtes sind Zitat: „Rückführungen nach Afghanistan grundsätzlich nach wie vor möglich“. Natürlich sind sie möglich, es wurden ja die entsprechenden Abkommen vereinbart. Aber wir sollten viel eher die Frage stellen, ob diese Praxis zu verantworten ist. Wenn wir Begriffe wie Menschenrechte und Menschenwürde ernst nehmen, dann müssen wir uns auch endlich wirklich dazu bekennen und dementsprechend handeln. Und die Wahrung von Menschenrechten und Menschenwürde ist nicht vereinbar mit Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. Nicht unter normalen Bedingungen. Und erst recht nicht während einer globalen Pandemie.